



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Jahnstraße 7
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Charlotte Biskup
Persönliche Referentin

Büro:
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Montag – Mittwoch + Freitag
9.00Uhr – 12.00Uhr

Konstanz, 03.11.2014

Pressemitteilung des MdL Lehmann: „Lehmann begrüßt Rückzug des Fracking-Unternehmens PEG aus Baden-Württemberg!“

Das Fracking-Unternehmen PEG hat die Aufhebung der Konzession für die Felder „Konstanz“ und „Biberach“ zur Sicherung der unkonventionellen Erdgasvorkommen in Baden-Württemberg beantragt.

Der Konstanzer Landtagsabgeordnete Lehmann wertet dies als Erfolg für die ablehnende Haltung sowohl von Seiten der Landespolitik als auch der betroffenen Bevölkerung: „Offensichtlich ist auf Seiten des Unternehmens endlich angekommen, dass mit dieser Risikotechnologie kein leichtes Geld zu machen ist. Der Widerstand auf politischer Seite sowohl auf Landesebene als auch auf regionaler Ebene hat damit vollen Erfolg gehabt!“

Wie der Antwort des Umweltministeriums auf eine Anfrage des Konstanzer Landtagsabgeordneten Siegfried Lehmann zu entnehmen ist, hat die Firma P.E.G. als Inhaberin der Konzessionen für die Felder „Konstanz“ und „Biberach“ am 30. Oktober beim LGRB einen Antrag auf Aufhebung der Konzessionen gestellt. Mit der Bekanntgabe der Aufhebung im Staatsanzeiger werden die Konzessionen des Fracking-Unternehmens damit gelöscht.

„Diese Entwicklung ist als überaus positiv für das Land Baden-Württemberg und insbesondere für die Bodenseeregion zu werten!“, ist der grüne Abgeordnete Lehmann erfreut. Lehmann hatte sich in den vergangenen Jahren vehement gegen die Risikotechnologie des Frackings eingesetzt. Aufgrund der

von der damaligen CDU-geführten Landesregierung erteilten Konzession hatte die grün-rote Landesregierung jedoch wenig Handhabe, sich einer Verlängerung der Konzession zu verweigern. Wie der Antwort auf die Anfrage Lehmanns zu entnehmen ist, sind dem Umweltministerium des Landes bei einem Antrag auf Verlängerung bestehender Konzessionen leider die Hände gebunden. Demnach dürfen gegenüber einem Neuantrag „nicht alle Voraussetzungen der Neuerteilung erneut geprüft werden.“

Die aktuelle Entwicklung durch den Rückzug der Firma P.E.G. aus Baden-Württemberg macht nach Ansicht des Konstanzer Abgeordneten deutlich, dass sich der politische Widerstand gelohnt hat: „Offensichtlich ist endlich angekommen, dass weder in der Bevölkerung noch politisch der Einsatz dieser Risikotechnologie gewünscht wird. Nun muss es darum gehen sicherzustellen, dass auch in Zukunft mögliche Anträge keine Aussicht auf Genehmigung haben werden.“ Lehmann sieht das Land hier jedoch auf einem guten Weg: „Durch die Novellierung des Wassergesetzes Baden-Württemberg im Dezember 2013 wurden die Hürden von Seiten des Landes deutlich erhöht. Nun muss es darum gehen, dass eine Änderung des Bundesbergbaurechts die notwendigen Entscheidungsspielräume für die Landesregierungen ermöglicht!“